FREITAG, 1. NOVEMBER 2013 NR. 44 55. JAHRGANG

AZA
CH-8820 Wädenswil
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: Stutz Druck, Postfach 465, 8820

Dein
«~~M~~ein Haus ist
~~d~~ein Haus.»
mein

«Ob Immobilie oder Stockwerk, als Verwalter kümmere ich mich um Ihr Eigentum. Kompromisslos. So, als würde es mir selbst gehören.»
YVES GADIENT
IMMOBILIENVERWALTER

a-print IMMO
Telefon 055 460 11 11 www.a-print.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

DIE GEFÄHRLICHE 1:12-INITIATIVE BRINGT EIN STAATLICHES LOHNDIKTAT UND VIEL BÜROKRATIE

Juso-Initiative bringt Arbeitslosigkeit und höhere Steuern

Die Handels- und Gewerbefreiheit, unternehmerische Selbstverantwortung und eine gesunde Arbeitsmoral – dies hat die Schweiz stark gemacht und uns Sicherheit und Stabilität gebracht. Eine wesentliche Säule des schweizerischen Wohlstands ist die Sozialpartnerschaft: Arbeitnehmer und Arbeitgeber verhandeln miteinander und finden Lösungen. Dies wollen die Linken und Grünen nun ändern: Künftig sollen staatliche Lohnvorschriften gelten. Beamte statt Unternehmer sollen das Sagen haben. Auf solch unsinnige Vorschläge gibt es nur eine Antwort: ein klares Nein!

NATIONALRAT
GREGOR RUTZ
VIZEPRÄSIDENT
SVP KANTON ZÜRICH

In der direkten Demokratie ist der Grundsatz der Selbstverantwortung ein zentraler Grundwert. Ebenso ist es im Bereich der Wirtschaft: Die unternehmerische Freiheit in der Schweiz ist gross, staatliche Vorschriften verhältnismässig flexibel. Nicht umsonst ist die Schweiz das innovativste Land in Europa mit einer sehr tiefen Arbeitslosigkeit. Lohnkonflikte und andere arbeitsrechtliche Fragen werden in der Schweiz traditionell mittels Verhandlungen gelöst – nicht mit Streiks und Kampfmassnahmen. Arbeitnehmer und Arbeitgeber suchen miteinander nach Lösungen und schliessen mitunter Gesamtarbeitsverträge ab. Dies bringt Ruhe und Stabilität für unseren Wirtschaftsplatz und damit auch ein positives Investitionsklima. Staatliche Behörden treten allenfalls als Schlichter auf; die Sozialpartner geniessen grosse Autonomie.

SP gefährdet Erfolgsmodell

Just dieses Erfolgsmodell gefährdet die SP. Mit der sog. «1:12-Initiative» der Jungsozialisten, aber auch mit der Mindestlohn-Initiative wollen Linke und Gewerkschaften detaillierte Vorschriften aufstellen, wie die einzelnen Gewerbebetriebe die Arbeitnehmer zu entlöhnen haben. Künftig soll also der Staat – und nicht mehr die Unternehmen – für die Höhe der Löhne zuständig sein. Dass dies so nicht funktionieren kann, ist einfach voraussehbar. Doch leider entsprechen die SP-Vorstösse durchaus dem Zeitgeist: Das konsensorientierte Modell der Sozialpartnerschaft befindet sich auf dem Rückzug. Namentlich die Gewerkschaften empfinden den Verzicht auf Kampfmassnahmen wie Streiks offenbar als Schwächung ihrer Position. Ein Vorbote dieses neuen linken Aktivismus war die Abstimmung über das Arbeitsgesetz im September: Die Gewerkschaften ergriffen das Referendum gegen eine Regelung, welche verhindern wollte, dass Tankstellen-Shops gewisse Regale in der Nacht absperren müssen. Was man im Frühjahr noch mit Kopfschütteln und einem Lächeln quittieren konnte, bekommt nun eine ernstere Note: Wenn es um das Ende der

Sozialpartnerschaft und die Einführung von Mindestlöhnen geht, werden das schweizerische Wirtschaftssystem und damit auch unser Wohlstand ernsthaft gefährdet. Die unüberlegten Vorschläge der Linken könnten fatale Folgen haben.

Wohlstand wird aufs Spiel gesetzt

Hohe Arbeitslosenzahlen, Inflation und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit – diese Probleme belasten die meisten europäischen Staaten derzeit. Anders die Schweiz, welche nahezu Vollbeschäftigung hat und über ein funktionierendes soziales Netz verfügt. Wohlstand und Sicherheit sind uns aber nicht in den Schoss gefallen, sondern gründen auf Fleiss, Disziplin und der Übernahme von Verantwortung. Die Ablehnung der Ferieninitiative und die hohe Leistungsbereitschaft der Schweizer Arbeitnehmer stehen exemplarisch hierfür. Dies alles wird mit der 1:12-Initiative aufs Spiel gesetzt. Die Initiative ist wenig realistisch: Wenn der Staat den Unternehmen die Lohngefüge fix vorschreibt, wird dies an den oberen Löhnen kaum etwas ändern. Vielmehr wird es dazu führen, dass Stellen im Tieflohnbereich ausgelagert oder aber gestrichen werden. Verlierer sind damit namentlich die tieferen Einkommen. Wollen die Gewerkschaften dies wirklich?

Massive Steuerausfälle

Die 1:12-Initiative schadet allen ganz direkt: Eine staatliche Lohnbegrenzung hätte Milliardenausfälle für die AHV und den Fiskus zur Folge. Diese Löcher müssten die Mitarbeiter und die Unternehmen durch höhere AHV-Beiträge und Steuern stopfen. Wir dürfen nicht vergessen: Gutverdienende zahlen in der Schweiz überdurchschnittlich viele Steuern. So zahlt 1 Prozent der Steuerpflichtigen etwa 41 Prozent der direkten Bundessteuern. Ein grosser Teil dieser Steuererträge würde mit einer Lohnobergrenze wegfallen.

Die unteren und mittleren Einkommen profitieren in der Schweiz nicht zuletzt auch darum von einem vergleichsweise milden Steuerklima, weil Gutverdienende einen beträchtlichen Anteil des Steueraufkommens beisteuern. Mit der Einführung staatlicher Lohnobergrenzen würde dies ändern. Sodann wären die Gewerbebetriebe auch durch die drohende staatliche Bürokratie besonders betroffen. Zur Kontrolle der 1:12-Regel müsste der Staat einen Überwachungsapparat installieren, was noch einmal enorme Kosten und administrativen Aufwand nach sich zöge. Kurzum: Die 1:12-Initiative ist ein gefährlicher Bumerang, den alle Steuerzahler teuer zu berappen hätten.

Nächste Vorlagen in Vorbereitung

Auch nach der 1:12-Initiative geht der Kampf weiter: Die nächsten Vorlagen sind bereits eingereicht. Im kommenden Jahr haben wir über die Mindestlohn-Initiative zu befinden. Sodann stehen die Initiative für eine nationale Erbschaftssteuer und die Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen auf der Traktandenliste. Sämtliche Vorlagen schaden dem Wirtschafts- und Werkplatz massiv. Sie vergiften das Investitionsklima und machen die Schweiz zu einem unsicheren, unattraktiven Wohn- und Arbeitsort.

All diese Vorlagen zeigen: Linke und Grüne sägen unermüdlich an den Säulen unseres Wohlstands. Dabei würde ein Blick ins benachbarte Ausland genügen, um die negativen Folgen unnötiger Staatseingriffe und die Konsequenzen einer Überregulierung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt zu erblicken. Seien wir also intelligenter und weitblickender als die linksgrünen Fantasten: Stimmen wir Nein zu «1:12» und den folgenden Träumereien.

Parolen zur Volksabstimmung vom 24. November 2013 der SVP des Kantons Zürich

Eidgenössische Vorlagen

1. Volksinitiative «1:12 – für gerechte Löhne»	NEIN
2. Volksinitiative «Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen»	JA
3. Änderung vom 22. März 2013 des Bundesgesetzes über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen (Erhöhung Autobahnvignette auf 100 Fr.)	NEIN

Forstpflanzen jeder Art, erstklassige Qualität aus ausgewählten Beständen

Wildgehölze für stufige Waldränder, Garten-, Bach- und Strassenbegleitbepflanzungen

Jungpflanzen für Weihnachtsbäume

Wildverbiss- und Fegeschutz für Nadel- und Laubholz, Akazienpfähle zur Befestigung

Fordern Sie unsere Preisliste an!

Josef Kressibucher AG
Forstbaumschule
Ast 2
8572 Berg TG
Tel. 071 636 11 90
Fax 071 636 10 29
www.kressibucher.ch

Bunt, auffallend und erfolgreich können Sie hier für Ihre Produkte und Dienstleistungen werben.
Woche für Woche.

Inserate «Der Zürcher Bote»:
print-ad kretz gmbh
Tramstr. 11, 8708 Männedorf
Tel. 044 924 20 70
fredi.kretz@kretzgmbh.ch

Damit Sie wieder hören, was in Bundesbern läuft!

Dietikon HörCenter

Bahnhofstrasse 12, 8953 Dietikon
Telefon 043 322 55 66
Öffnungszeiten: Mo - Fr: 09.15 - 12 / 13 - 17.30

Jetzt anmelden für Gratis-Hörtest

Neuste Hörgeräte

Persönliche und individuelle Beratung durch Akustiker mit eidg. Fachausweis

CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch

Verfassungszerfall im Schweizerland

VON CHRISTOPH MÖRGELI

Die Militärfliegerei ist kein Spiel. Unsere ausgezeichneten Armeepiloten proben in schwierigster Topografie ununterbrochen den Ernstfall. Bundesrat Ueli Maurer fand die richtigen Worte zum höchst tragischen Absturz einer F/A-18 bei Alpnach: Er würdigte die Ernsthaftigkeit des Militärischen und die Opferbereitschaft der Soldaten. Der Sprecher der Schweizer Flugwaffe aber bezeichnete im Blick die beiden Unfallopfer als «Getötete». Ein Fauxpas, der völlig unkommentiert blieb.

Dafür erhob sich das Geschrei der Emotionsbewirtschafter unserer Einheitsmedien über meine Auffassung, dass zumindest der «Passagier» dieses Unglücksfluges noch leben müsste. Der deutsche Staatsangehörige Volker L. hätte gar nicht im Cockpit des Kampfjets sitzen sollen. Der Mediziner und begeisterte Pilot war zuvor dreissig Jahre lang als Offizier für die deutsche Bundeswehr und damit für die Nato tätig. Und wurde dennoch 2011 zum stellvertretenden Chef des Fliegerärztlichen Instituts unserer Armee ernannt.

«Pietät» heisst auf Lateinisch «Pflichterfüllung». Alle Bundesräte und eidgenössischen Parlamentarier haben den Eid oder das Gelübde auf unsere Bundesverfassung abgelegt. Die Artikel 173 und 185 der Verfassung übertragen uns Volksvertretern wie dem Bundesrat als oberste Aufgabe die «Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität». Der fliegerärztliche Dienst der Armee untersucht unsere Generäle, sämtliche Generalstabsanwärter, Militärpiloten, Fallschirmaufklärer, Drohnenoperateure und Spezialeinheiten. Er hat Kenntnis von höchst sensiblen Geheiminformationen. Denn der medizinische und psychologische Zustand der militärischen Eliten ist in einem Ernstfall von allergrösster Bedeutung für die Verteidigungsbereitschaft unseres Landes.

Wegen der Wahrung der äusseren Sicherheit, Unabhängigkeit und Neutralität darf ein Ausländer nicht als Fliegerarzt für die Armee amten. Jetzt begründet der Sprecher der Flugwaffe, man habe keinen Schweizer gefunden und darum «auf dem freien Markt» suchen müssen. Nach dieser unhaltbaren Auffassung könnten wir auch allen Menschen dieser globalisierten Welt die Möglichkeit bieten, für unseren Nachrichtendienst tätig zu sein. Oder wir sollten das Amt des Armeechefs bei der nächsten Vakanz gleich weltweit per Inserat ausschreiben.

ABSTIMMUNG VOM 24. NOVEMBER

Diskriminierung stoppen – Ja zur Familieninitiative

Die Familieninitiative steht für einen unser wichtigsten Grundsätze, den wir in der Politik seit Jahren konsequent verfolgen: weniger Steuern – mehr zum Leben für alle!

NATIONALRAT TONI BRUNNER PRÄSIDENT SVP SCHWEIZ

Es ist unbestritten. Familien leisten einen wichtigen Beitrag zum Erhalt unserer Gesellschaft. Weil Kinder nebst viel Freude auch finanziell eine Herausforderung darstellen, ist eine steuerliche Begünstigung von Familien durchaus gerechtfertigt. Die Frage ist nur, wie das geschehen soll. Heute wird steuerlich nur begünstigt, wer seine Kinder gegen Bezahlung fremd betreuen lässt. Die SVP ist nicht, wie fälschlicherweise immer wieder behauptet wird, gegen diese Fremdbetreuungsabzüge. Ganz im Gegenteil. Es war die SVP, die diesem Anliegen im Parlament zum Durchbruch verholfen hat. Nur wollen wir keine Diskriminierung von jenen Eltern, die ihre Kinder selber erziehen, oder sich in ihrem privaten Umfeld eigenverantwortlich organisieren. Der Staat soll nicht Familienpolitik betreiben und bestimmte Modelle begünstigen. Wie sich eine Familie organisiert, ist Privatsache und hat den Staat nicht zu kümmern.

Böswillige und inakzeptable Argumente

Mit zuweilen hilflosen Argumenten und aufgeschreckt durch die guten Umfragewerte versuchen nun unsere politischen Gegner krampfhaft, unsere Familieninitiative zu zerpflücken. Die Medien geben unseren Kontrahenten willig und äusserst umfangreich die nötigen Plattformen. Den einen passt der Absender der Initiative nicht, andere flüchten sich in eigenartige oder schlicht falsche Argumente. Ich möchte auf einige Punkte eingehen.

Eigenartig mutet es beispielsweise an, wenn von linken und freisinnigen Frauen im Zusammenhang mit unserer Initiative von einer „Herdprämie" gesprochen wird. Erstens kommt mit diesem Begriff die schon fast abschätzige Haltung gegenüber Müttern zum Ausdruck, die für ihre Kinder zu Hause bleiben, und zweitens stimmt der Vorwurf schlicht nicht, denn die heutigen Fremdbetreuungsabzüge bleiben bestehen, sie dürfen einfach nicht höher sein als die steuerlichen Abzüge für alle anderen Eltern. Letztlich handelt es sich um eine Nicht-Diskriminierungsinitiative, die allen Familien die Wahlfreiheit gibt, wie sie sich organisieren wollen.

Im Weiteren ist es böswillig und inakzeptabel, wenn Finanzministerin Widmer-Schlumpf das völlig falsche Argument, nur Reiche profitierten von der Familieninitiative, in den Vordergrund ihrer Argumentation stellt. Das genau gleiche Argument würde in einem viel stärkeren Ausmass für die bereits heute geltenden Fremdbetreuungsabzüge zutreffen, wo der Abzug für viele Doppelverdiener wegen des höheren doppelten Einkommens bei der direkten Bundessteuer weit stärker ins Gewicht fällt. Das wird bewusst verschwiegen. Bei der Einführung des Abzugs für die bezahlte Fremdbetreuung waren Steuerausfälle im Übrigen nie ein Thema. Bei der Gleichbehandlung von Eigen- und Fremdbetreuung sollen sie nun plötzlich im Vordergrund stehen. Offenbar nehmen es die Gegner der Familieninitiative für selbstverständlich hin, dass selbstbetreuenden Familien in den vergangenen Jahren Milliardenbeträge zu viel an Steuern abgeknüpft wurden, obwohl sie den Staat mit ihrem eigenverantwortlichen Handeln entlasten.

Gegner wollen staatliche Betreuung

Es ist offensichtlich. Die Gegner der Familieninitiative wollen ein ganz bestimmtes Familienmodell staatlich bevorzugen. Nämlich die staatliche Fremdbetreuung aller Kinder. Dabei wird bei den gemachten Rechnungen konsequent verschwiegen, dass die Eigenbetreuung von Kindern dem Staat und damit dem Steuerzahler Milliardenbeträge an Ausgaben für öffentliche Betreuungsinfrastrukturen spart. Allein in der Stadt Zürich wurden beispielsweise im vergangenen Jahr 160 Millionen Franken für familienergänzende Kinderbetreuung ausgegeben. Bis im Jahr 2016 wird mit einem weiteren Anstieg um nochmals 50 Millionen Franken gerechnet. Rechnet man solche Zahlen auf die ganze Schweiz hoch, wird einem bewusst, was eine flächendeckende familienexterne Betreuungsstruktur für Milliardenkosten mit sich bringt.

Von der Familieninitiative profitieren also alle Steuerzahler durch tiefere Steuern, Gebühren und Abgaben. Wenn Finanzministerin Widmer-Schlumpf nun als Alternative für einen Steuerabzug sogar noch staatliche Betreuungsgutscheine und damit zusätzliche Subventionen fordert, ist dies an Widersprüchlichkeit kaum zu überbieten.

Widersprüchliche BPD

Überhaupt wundern wir uns in diesen Tagen ob ihrer eigens für sie gegründete Partei, der BDP. Im Jahr 2008 reichte BDP-Nationalrätin Ursula Haller aus Thun im eidgenössischen Parlament einen Vorstoss ein, der einen Steuerabzug sowohl für die Eigen- als auch für die Fremdbetreuung verlangte, damit keine «Ungerechtigkeit» bei der steuerlichen Behandlung von Familien entstehe (Motion 08.3896; Eigen- und Fremdbetreuungsabzug bei der direkten Bundessteuer). Mitunterzeichnet wurde der Vorstoss damals von allen BDP-Vertretern im Nationalrat. Die gleichen Leute führen heute das Komitee gegen die SVP-Familieninitiative an, welche den damaligen BDP-Vorstoss in die Tat umsetzt. An diesem Beispiel ersehen Sie, wie mit Vorschlägen von missliebigen Konkurrenten umgegangen wird. Widersprüchlicher geht es kaum. Da werden keine Grundsätze gelebt.

FDP ohne Grundsätze

Auch eigenartig, was die FDP gegenwärtig für einen Kampf gegen die Familieninitiative führt. Noch in der vergangenen Herbstsession hat die FDP-Fraktion verlangt (Motion 11.3801; Erhöhung der Fremdbetreuungsabzüge auf 24 000 Franken), die Steuerabzüge für die Fremdbetreuung auf nationaler Ebene von 10 000 Franken auf 24 000 Franken (+140 %) zu erhöhen. Seitens der FDP waren die daraus resultierenden Mindereinnahmen bei den Steuern mit keinem Wort ein Thema. Jetzt argumentiert die Partei von Philipp Müller mit Steuerausfällen gegen unsere Familieninitiative? Wo bleiben da die Grundsätze?

Es ist eigentlich verrückt, dass in der heutigen Zeit die FDP von uns an liberale Grundsätze erinnert werden muss. Gerade aus liberaler Perspektive ist doch inakzeptabel, dass heute jene Kreise bestraft werden, die in Eigeninitiative und Selbstverantwortung den Staat nicht in Anspruch nehmen und die Erziehung der Kinder selber organisieren. Letztlich entlastet jedes eigenverantwortliche Handeln den Staat und seine Infrastrukturen, die er ansonsten bereitzustellen hat. Ist jemand nicht auf eine öffentliche Krippe angewiesen, entlastet dies den Steuerzahler. Also gilt es, mit dieser Initiative falsche Anreize zu vermeiden und private Initiativen zu stärken. Der Staat ist zu entlasten!

Oder was hat die FDP denn heute für Grundsätze? Was für ein Weltbild? Wer soll denn heute noch von Steuererleichterungen profitieren können? Nur noch gutverdienende Manager? Nur noch ausländische Konzerne? Nur noch reiche Spekulanten? Was ist mit dem Mittelstand, den Familien und den KMU? Sollen die ihre Aufwände nicht mehr von den Steuern abziehen dürfen? Da machen wir nicht mit. Und wir von der SVP sehen das anders.

Wir leben unsere Grundsätze. Weniger Steuern – mehr zum Leben heisst für uns auch, keine ungerechtfertigte Vignettenpreiserhöhung von 40 Franken auf 100 Franken. Das ist eine Kapitulation vor der heutigen Zweckentfremdung der Strassengelder. Erinnern wir uns an unsere Grundsätze. Leben wir sie. Die anderen Parteien tun es leider nicht mehr!

Referat von Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, Ebnat-Kappel (SG) anlässlich der Delegiertenversammlung vom Samstag, 26. Oktober 2013 in Meiringen.

Gleichberechtigung, sonst nichts!

CLAUDIO ZANETTI KANTONSRAT SVP ZOLLIKON

Stimmt! Noch besser wäre es, wenn im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung gar keine Steuerabzüge zulässig wären. Das wäre der Idealzustand. Doch neben dem Ideal gibt es auch noch eine Realität, und in dieser dürfen Eltern, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen, den entsprechenden Aufwand in ihrer Steuererklärung zum Abzug bringen. Im Klartext: Wer eine staatliche – also in aller Regel bereits subventionierte – Leistung beansprucht, profitiert bei den Steuern gleich noch einmal, während Eltern, die sich selber um ihre Kinder kümmern, das Nachsehen haben. Das Verursacherprinzip gilt also nur dort, wo es der politischen Nomenklatura ins Konzept passt.

Genau hier setzt die «Familieninitiative» der SVP an. Sie verlangt – entgegen der konsequent falschen Behauptung in unseren Staatsmedien – keine neuen Steuerabzüge, sondern die Gleichbehandlung von Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes, unabhängig von der Form der Kinderbetreuung, für die sie sich entschieden haben.Wenn es für die einen nichts gibt, gibts auch für die anderen nichts. So einfach ist das. Umgekehrt ist klar: Wer gegen die «Familieninitiative» ist, räumt dem Staat das Recht ein, aus politischen Erwägungen ein bestimmtes Familienmodel steuerlich zu fördern. Wer Sinn hat für Freiheit und Eigenverantwortung, wird darum am 24. November bei der «Familieninitiative» beherzt JA stimmen.

RATSBERICHT

Mehr Lotteriegelder zugunsten des Sports

Der Kantonsrat beschloss diese Woche einen neuen Verteilschlüssel der Lotteriegelder zwischen Sport und Kultur. Zudem stand die Schlussabstimmung des Landwirtschaftsgesetzes und einen Beitrag für die Villa Flora auf der Traktandenliste.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Mit einer Motion verlangte die CVP mehr Mittel für den Sportfonds. Konkret soll der Regierungsrat eine Gesetzesänderung vorlegen, damit die Gelder aus dem Ertrag der Genossenschaft Interkantonale Landeslotterie (Swisslos) dem Sportfonds zugeführt werden, von 21 Prozent auf 30 Prozent aufgestockt werden. Zudem sollen die Grundsätze, nach denen der Zürcher Kantonalverband für Sport (ZKS) diese Gelder weiterleiten soll, entsprechend abgeändert werden, um die Sportverbände stärker zu fördern. **Matthias Hauser** (SVP, Hüntwangen) betonte im Rat, dass die Gelder aus dem Sportfonds fast jedem Einwohner im Kanton Zürich zu Gute kommen. Dagegen werden die Gelder aus dem Lotteriefonds nicht voll ausgeschöpft und nur für exklusive Kultur eingesetzt. Darum scheine es sinnvoll, wenn das Ungleichgewicht von 79 Prozent für Kultur und 21 Prozent für Sport zugunsten des Sports korrigiert werde.

21 Prozent der kantonalen Swisslos-Gelder beliefen sich im Jahr 2010 auf 16,33 Mio. Franken. Damit wurden im vergangenen Jahr aus dem Sportfonds 25 Bauvorhaben an Sportanlagen, 46 Trainingsstützpunkte des Nachwuchssports, 53 Sportveranstaltungen und 13 übrige Sportprojekte unterstützt. Zudem werden Verbände und Vereine mit einem direkten Beitrag unterstützt, womit 303 000 Mitglieder profitieren. Viele von diesen betreiben wöchentlich Vereinssport und leisten damit viel für unsere Gesellschaft, für die Jugend und somit letztlich auch eine positive Kultur unseres Zusammenlebens. Die 79 Prozent der Swisslosgelder, die 2012 dem Lotteriefonds zuflossen, entsprachen 61,4 Mio. Franken. 10 Mio. Franken flossen zum grössten Teil in die Entwicklungszusammenarbeit und Inlandhilfe. Davon würden jedoch viel weniger Einwohnerinnen und Einwohner profitieren. Darum sei die SVP-Fraktion für die Änderung des Verteilschlüssels und stimme der Motion zu.

Die SP meinte im Rat, dass das Anliegen zwar sympathisch sei, aber der Sport nicht zu Lasten der Kultur begünstigt werden dürfe. **Hans-Peter Amrein** (SVP, Küssnacht) stellte klar, dass die Stärkung des Breitensports zu fördern sei. So sah es auch der Kantonsrat und stimmte dem Geschäft mit 92 zu 76 Stimmen zu.

Landwirtschaftsgesetz

Bei der zweiten Lesung zum Landwirtschaftsgesetz stellten sich Grüne und GLP dagegen und monierten die nach ihrer Meinung zu kurz gekommene Ökologie, und die FDP betonte, dass die Subventionen nach ihrer Meinung zu hoch ausfielen. **Martin Haab** (SVP, Mettmenstetten) stellte klar, dass das vorliegende Landwirtschaftsgesetz für Nachhaltigkeit und kurze Transportwege stehe. Zudem würde bei der Ablehnung der vorliegenden Fassung das jetzige Gesetz seine Gültigkeit behalten und dies würde dem Kanton Zürich in Zukunft deutlich teurer kommen. Dem Gesetz wurde mit 107 zu 58 Stimmen zugestimmt.

Villa Flora

Der Regierungsrat stellte dem Kantonsrat den Antrag für 5 Mio. Franken zu Lasten des Lotteriefonds für den Umbau und die Sanierung der Villa Flora. Die Villa Flora an der Tösstalstrasse in Winterthur ist der ehemalige Privatwohnsitz der Kunstsammler Hedy und Arthur Hahnloser-Bühler, die zwischen 1907 und 1930 eine international bedeutende Gemälde- und Skulpturensammlung zusammengetragen haben. Ein Teil dieser Sammlung wird seit 1995 im Rahmen eines Museumsbetriebs in der Villa Flora und im dazugehörigen historischen Garten gezeigt. Um dieses bedeutende Ensemble von Kunstwerken, Villa und Garten dauerhaft der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und zu erhalten, beabsichtigen die Eigentümerinnen, die Liegenschaft und einen Teil der Mobilien an den Kanton zu verkaufen und die Bilder als Dauerleihgabe dem geplanten Museum Villa Flora zur Verfügung zu stellen. Nach dem Verkauf soll einerseits das Gebäude so umgebaut werden, dass es vollständig als Museum genutzt werden kann. Anderseits soll der Museumsbetrieb professionalisiert und durch den Kunstverein Winterthur getragen werden. Es ist vorgesehen, das neue Museum Villa Flora 2016 zu eröffnen.

Hansueli Züllig (SVP, Zürich) erklärte im Rat, dass bei der Prüfung dieses Geschäfts auch die Auswirkungen auf die Stadt Winterthur betrachtet wurden. Die zweitgrösste Stadt des Kantons stehe vor einem grossen finanziellen Engpass und müsse sich zweimal überlegen, diesem Engagement zuzustimmen. Darum müsse auch der Kantonsrat die Verantwortung übernehmen und dürfe nicht einfach so Lotteriefonds-Gelder sprechen. Darum werde die SVP Fraktion das Geschäft ablehnen. Der Kantonsrat stimmte mit 104 zu 65 Stimmen zu.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Änderung von Verfahren und Rechtsschutz im Planungs- und Baugesetz

JAKOB SCHNEEBELI UND
PIERRE DALCHER
KANTONSRÄTE SVP
AFFOLTERN/SCHLIEREN

Am Montagnachmittag hat der Kantonsrat die von der Redaktionskommission präsentierten Änderungen von Verfahren und Rechtsschutz im Planungs- und Baurecht mit dem überzeugenden Ergebnis von 128 Ja gegen 20 Nein bei 21 Enthaltungen verabschiedet.

Die von der Kommission für Planung und Bau (KPB) in zahlreichen Sitzungen vorbereitete Vorlage hatte unter anderem zum Ziel, die Rechtsmittelverfahren in den Bereichen des Planungs-, Bau- und Umweltrechts zu vereinheitlichen und beim Baurekursgericht zu zentralisieren. Sodann soll die Nutzungsplanung beschleunigt werden, was durch kurzfristige und verbindliche Vorprüfung der kommunalen Nutzungsplanung durch den Kanton erreicht wird.

Gleichzeitig erfolgt eine Neuregelung der Zuständigkeit für die Anordnung zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes bei widerrechtlichen Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen. Ferner sollte das Beschwerderecht der Verbände auf kantonaler Ebene geordnet werden.

Zwar ist diese Revision nicht in allen Teilen nach unseren Vorstellungen verlaufen. Gerne hätten wir die Bezirksräte als Rekursinstanz in ihren bisherigen Funktionen beibehalten.

Auch die Zuständigkeit der Gemeinden bei der Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes bei widerrechtlichen Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen hätten wir bei den Gemeinden belassen. Leider sind diese Vorstellungen bereits in der ersten Lesung verworfen worden.

Dafür ist es gelungen, eine überzeugende Regelung des Verbandsbeschwerderechts auf kantonaler Ebene zu installieren. So steht das Rekurs- oder Beschwerderecht den Verbänden nur für Rügen zu, die mit den Interessen des Natur- und Heimatschutzes in unmittelbarem Zusammenhang stehen.

Sodann konnte stipuliert werden, dass Schadenansprüche wegen rechtsmissbräulicher und treuwidriger Erhebung eines Rechtsmittels geltend gemacht werden können. Gegen diese Neuregelungen ist ein Vertreter der BDP in der Redaktionslesung mit Unterstützung von SP, Grünen, Grünliberalen und EVP vergeblich Sturm gelaufen.

Insgesamt kann die Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes im Bereich Verfahren und Rechtsschutz als gelungen bezeichnet werden. Ob die getroffenen Neuregelungen die angestrebten Verbesserungen nach sich ziehen werden, muss die Zukunft weisen.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

- … ein dringliches Postulat betreffend Bewilligungsvoraussetzungen für Kinderbetreuungseinrichtungen überwiesen. ☺
- … der Änderung der Personalverordnung zugestimmt. ☺
- … dem Steuergesetz zugestimmt. ☺
- … ein Postulat betreffend Zustellung der Lohnabrechnung für kantonale Angestellte per E-Mail im Intranet abgeschrieben. ☹
- … eine Motion betreffend Weissgeldstrategie für die ZKB abgelehnt. ☺
- … eine Motion betreffend Anpassung der Eigenmietwerte oder steuerliche Entlastung bei unentgeltlich zur Verfügung gestelltem Wohnraum für bedürftige Angehörige abgelehnt. ☺
- … eine Motion betreffend mehr Mittel für den Sportfonds überwiesen. ☺
- … ein Postulat betreffend Förderung des «Working-at-home» überwiesen. ☹
- … ein Postulat betreffend Jugendförderung steuerlich entlasten abgelehnt. ☺
- … einen Beitrag aus dem Lotteriefonds zugunsten der Stadt Winterthur für den Umbau und die Sanierung der Villa Flora zugestimmt. ☹
- … dem Gegenvorschlag zur kantonalen Volksinitiative «Für mehr bezahlbaren Wohnraum» Günstiger Wohnraum für Familien und Mittelstand zugestimmt. ☹
- … dem Planungs- und Baugesetz zugestimmt. ☺
- … eine Motion betreffend Beschwerdelegitimation der Verbände abgelehnt. ☺
- … dem Landwirtschaftsgesetz zugestimmt. ☺
- … dem Objektkredit für den Neubau des Radwegs entlang der Tösstal- Wetzikerstrasse vom Rigiblick (Wetzikon) bis Bäretswil zugestimmt. ☺
- … eine Motion betreffend Senkung des Stromverbrauchs im Kanton Zürich (Absenkpfad) abgelehnt. ☺
- … eine Motion betreffend Erhöhung des Anteils an erneuerbarem Strom im Kanton Zürich (Ausbaupfad) abgelehnt. ☺

28. Oktober 2013

SKANDALÖSE ZUSTÄNDE AN DER UNIVERSITÄT ZÜRICH

Fall Uni Zürich: Jetzt muss gehandelt werden!

Die Stellvertreterin von Prof. Flurin Condrau ist am Dienstag entlassen worden, weil sie klar gesetzeswidrig den Medien Zugang zu den vertraulichen Akten gegen Prof. Mörgeli verschafft hat. Sie hatte einem Journalisten des «Tages-Anzeigers» erlaubt, sich im UZH-internen Netz vertraulicher Informationen zu bedienen.

SVP. Am 22. September 2012 veröffentlichte der «Tages-Anzeiger» Auszüge aus einem internen Bericht der Universität Zürich. Der Bericht erhebt schwere Vorwürfe an Prof. Christoph Mörgeli.

Nun stellt sich heraus, dass die Presse die vertraulichen Dokumente gezielt durch die Stellvertretung des involvierten Prof. Condrau erhalten hat. Solche Machenschaften kommen normalerweise nur in Drittweltstaaten vor. Ist jemand den Mächtigen nicht genehm, werden alle Register gezogen. Christoph Mörgeli war vielen Mächtigen an der Uni Zürich nicht genehm.

Unwürdige Rolle des «Tagis»

Die Untersuchung der Staatsanwaltschaft zeigt nun klar auf, dass Prof. Mörgeli durch den «Tages-Anzeiger» und Frau Prof. Ritzmann aus dem Amt gemobbt wurde. Durch die Indiskretionen konnte die Universität Zürich zudem die Mitarbeiterbeurteilung von Prof. Mörgeli nicht mehr ordentlich durchführen. Auch musste Prof. Mörgeli durch den «Tages-Anzeiger» erfahren, was ihm konkret im noch geheimen Bericht vorgeworfen wurde, ohne dass er sich ordentlich gegen die Anwürfe innerhalb der Mitarbeiterbeurteilung zur Wehr setzen konnte. Der Fall ist damit zu einem «Fall Universität Zürich» geworden. Die einst hochangesehene Universität Zürich ist in der Ära Aeppli zu einem verpolitisierten Biotop von Mobbern, Neidern und Antidemokraten geworden.

Die Frage stellt sich, was Prof. Condrau vom Verhalten seiner Stellvertreterin wusste. Die Aufsicht des Kantonsrates und allenfalls die Staatsanwaltschaft sind aufgefordert, diesen Sachverhalt genauestens zu untersuchen und Rechenschaft abzulegen.

Dass ein «Tages-Anzeiger»-Journalist zudem mit dem Login von Frau Prof. Ritzmann direkten Zugang auf die Datenverarbeitungsanlage der Universität Zürich hatte, ist ein staatspolitischer Skandal und wirft weitere Fragen zum Verhalten des betroffenen Journalisten auf.

Sollte dieser den Login-Zugang benutzt haben, ist eine Untersuchung wegen Verletzung der Datenschutzbestimmungen sowie wegen der Strafnorm «Unbefugter Zugang zu einer Datenverarbeitungsanlage» durch die Universität Zürich in die Wege zu leiten. Allenfalls ist auch eine Klage wegen Anstiftung zur Amtsgeheimnisverletzung durch die Universität Zürich zu prüfen. Im Weiteren empfehlen wir Prof. Mörgeli, dass er aufgrund der neuen Kenntnisse eine Klage wegen Persönlichkeitsverletzung prüft.

Ausser Rand und Band

Das Institut ist seit der Übernahme von Prof. Condrau in seiner Tätigkeit gelähmt. Prof. Mörgeli, Prof. Ritzmann, Prof. Wolff sowie Prof. Condrau selber sind nicht mehr am Institut tätig. Die Vorgänge am Medizinhistorischen Institut sind einer Schweizer Universität nicht würdig. Die Führung der Uni Zürich ist offensichtlich ausser Rand und Band. Jetzt muss gehandelt werden: Die SVP fordert Bildungsdirektorin Regine Aeppli auf, die Konsequenzen zu ziehen und aus allen Ämtern zurückzutreten. Der verantwortliche Prof. Condrau, welcher das Debakel als Chef des Institutes letztendlich zu verantworten hat, ist unabhängig von den weiteren Untersuchungen zu entlassen.

NEIN ZU 1:12
FÜR EINE STARKE SCHWEIZ MIT ZUKUNFT
«Lohndeckelung bedeutet Steuer- und AHV-Ausfälle in Millionenhöhe»
www.1-12-nein-zh.ch
Zürcher Komitee «NEIN zum staatlichen Lohndiktat»
c/o KGV Zürich, PF 2918, 8021 Zürich

Roland Scheck, Gemeinderat SVP, Zürich
Thomas Wirth, Kantonsrat GLP, Hombrechtikon
Bruno Amacker, Kantonsrat SVP, Zürich
Dr. Andreas Geistlich, Kantonsrat FDP, Schlieren
Samuel Dubno, Gemeinderat GLP, Zürich
Urs Fehr, Gemeinderat SVP, Zürich
Hans-Peter Amrein, Kantonsrat SVP, Küsnacht
Abst. 24. November 2013
FDP Die Liberalen · SVP · glp · BDP · CVP · EVP · EDU UDF · vzh · VZAI · KGV · HEV Kanton Zürich · Zürcher Handelskammer

SVP USTER

Die SVP an der Ustermesse

Die SVP Uster war vier Tage an der Ustermesse mit einem Stand vertreten. Die Ortspartei stellte einerseits ihre Stadtrats- und Gemeinderatskandidaten für die Wahlen 2014 vor und warb andererseits für ein JA zur Familieninitiative sowie für eine Unterzeichnung der Privatsphäre-Initiative. Am Stand stellten bisherige und neu kandidierende Behördenmitglieder die Bewirtschaftung der vorbeikommenden Messebesucher sicher. Unternehmer Thomas Matter, Nationalrat Lukas Reiman und Kantonsratspräsident Bruno Walliser liessen sich für eine Präsenzzeit am Stand gewinnen. In Erinnerung bleiben die vielen interessanten sowie anregenden Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern und die Bestätigung, dass die SVP mit ihren Positionen auf dem richtigen Weg ist.

BAUVERWEIGERUNG DER STADT ZÜRICH BEIM UNISPITAL

Rot-grüne Stadt Zürich gefährdet Menschenleben

Rot-grüne Verhinderungspolitik gefährdet das Universitätsspital (USZ) und damit die Gesundheitsversorgung der Zürcher Bevölkerung: Die Bausektion des Zürcher Stadtrats hat die Bewilligung für einen provisorischen Modulbau auf dem Areal des USZ verweigert, wie die kantonale Baudirektion und die Gesundheitsdirektion diese Woche in einer gemeinsamen Medienmitteilung schrieben.

SVP. Die Stadt Zürich gefährdet nicht nur das Funktionieren des USZ, sondern die Interessen von Tausenden von Patientinnen und Patienten, welche auf ein funktionierendes USZ dringend angewiesen sind. Der teure Gang vor das Baurekursgericht ist ein Affront für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, welche die Zeche für diese juristische Wahnsinnstat des Stadtrates berappen müssen. Mit der Verhinderung wird dem USZ zudem eine effizientere Arbeitsweise verunmöglicht. Damit werden die Kosten im Gesundheitswesen unnötigerweise angetrieben. Dies nicht zuletzt auch zulasten der Prämienzahler in unserem Kanton. Die SVP des Kantons Zürich verurteilt das rücksichtslose Verhalten der Zürcher Stadtregierung. Offensichtlich sind den rot-grünen Phantasten ideologisch ausgelegte Bauvorschriften sowie die Grünflächen und Blümchen des Spitalparks wichtiger als das Funktionieren des wichtigsten Spitals im Kanton Zürich. Die Wählerinnen und Wähler können dieser rot-grünen Verweigerungshaltung an den kommenden Stadt- und Gemeinderatswahlen eine klare Absage erteilen.

SVP MEILEN

Einsatz für Familie und Privatsphäre

Am vergangenen Samstag standen Mitglieder der SVP Meilen und Kantonsrätin und Bezirkspräsidentin Theres Weber-Gachnang, Uetikon, sowie die Kantonsräte Hans-Peter Amrein, Küsnacht, und Claudio Zanetti, Zollikon, den interessierten Leuten Red und Antwort. Hauptthemen waren die Privatsphäreninitiative, die das Bankkundengeheimnis schützen will und die Familieninitiative, die eine steuerliche Gleichbehandlung aller Betreuungsmodelle fordert.

Über die Familieninitiative wird Ende November abgestimmt und die Anwesenden sind sich einig: Familien und KMUs, die sich tagtäglich um die Betreuung ihrer Kinder sorgen und damit viel Eigenverantwortung übernehmen, sollen ebenso steuerlich entlastet werden wie jene, die ihre Kinder fremd betreuen lassen.

Die aktuelle Bevorzugung des Modells Fremdbetreuung ist nicht haltbar. Alle Betreuungsformen sollen gleich behandelt werden, darum verteilten sie Flyer für ein «Ja» zur Familieninitiative.

Sektionspräsidentin Barbara Kluge, KR Hans-Peter Amrein, KR Theres Weber-Gachnang, Vorstandsmitglieder Paul Franchi und Stefan Gfeller, Schulpflegerin Beatrice Hunn und Vorstandsmitglied Urs Roffler (v. l. n. r.).

GEMEINDEWAHLEN 2014

Illnau-Effretikon: Zwei bisherige SVP-Stadträte stehen wieder zur Verfügung

Stadtrat Max Binder hat entschieden, nach 24 Jahren als Stadtrat für die Wahlen 2014 nicht mehr zu kandidieren. Reinhard Fürst und Urs Weiss stehen weiterhin als Stadträte zur Verfügung.

MATHIAS OTTIGER
PRÄSIDENT
SVP ILLNAU-EFFRETIKON

Max Binder, Illnau, ist 1990 mit einem ausgezeichneten Wahlresultat in den Stadtrat gewählt worden. Seither konnte er auf eine treue Wählerschaft zählen, welche ihn immer wieder mit einem Glanzresultat im Amt bestätigte. Zuerst als Werk- und ab 1998 bis heute als Gesundheitsvorstand setzte und setzt er sich für das Gemeinwohl ein. Max Binder wird seine Arbeit als Stadtrat bis zum Ende der Legislatur im nächsten Frühling mit vollem Engagement weiterführen. Er hat sich zum Ziel gesetzt, in seiner Amtszeit noch die Bauabrechnung des Alterszentrums zu präsentieren. Die SVP Illnau-Effretikon dankt Max Binder auch an dieser Stelle für seinen grossen Einsatz.

Gute Erfolgsbilanz

Reinhard Fürst, Ottikon, wurde 2001 in den Stadtrat gewählt und amtet seither als Hochbauvorstand. Seit 2013 ist er ebenfalls Kantonsrat. Seine umfassenden Kenntnisse im komplexen Baubewilligungsverfahren werden immer wieder attestiert. Quervergleiche mit anderen Gemeinden ergeben ein sehr gutes Bild seiner Amtsführung. Mit Schwung, grosser Erfahrung und fundierter Sachkenntnis stellt er sich für weitere 4 Jahre zur Verfügung. Urs Weiss, Bisikon, wurde 2011 in den Ersatzwahlen in den Stadtrat gewählt. Rasch arbeitete er sich in das Ressort Tiefbau ein. Pragmatisch und im Team bewältigt er das Pensum. Weit über die Parteigrenzen hinaus sind seine Leistungen anerkannt. Der Vorstand der SVP Illnau-Effretikon freut sich, dass die beiden bisherigen Stadträte Reinhard Fürst und Urs Weiss sich für eine weitere Amtsperiode als Stadtrat zur Verfügung stellen. Der Vorstand wird an der Mitgliederversammlung Anfang November über die beiden bisherigen, über den dritten Kandidaten sowie über das Stadtpräsidium befinden. Die SVP Illnau-Effretikon wird am 11. November 2013 den Medien um 18.30 Uhr im Hotzehuus Illnau ihre Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadt- und Gemeinderat vorstellen sowie um 19.00 Uhr die Öffentlichkeit zum Chruutmahl einladen, wo Ihnen die Kandidaten Red und Antwort stehen. Sie sind hiermit eingeladen.

ERFOLGREICHE VERANSTALTUNG DER SVP-KREISPARTEI 4/5

Thomas Matter warnt vor wirtschaftsfeindlichen Initiativen

Erfreulich zahlreiche Besucherinnen und Besucher fand am Dienstagabend eine Veranstaltung der Stadtzürcher SVP-Kreispartei 4/5 mit Thomas Matter, Quästor der Kantonalpartei.

SVP 4/5. Der Unternehmer, Inhaber der Matter Group AG und Präsident der Neuen Helvetischen Bank wollte dem Publikum – darunter manche Angestellten der Finanzdienstleistungsbranche – mit Blick auf die nächsten Monate keine Angst machen, sprach aber angesichts der bevorstehenden wirtschaftsfeindlichen Volksinitiativen von einer entscheidenden Weichenstellung.

Stefan Urech, Präsident der SVP 4/5, durfte Unternehmer Thomas Matter als Referenten begrüssen. Dieser rief dazu auf, jetzt die Initiative zum Schutz der Privatsphäre zu unterschreiben.

Gefährliche wirtschaftsfeindliche Initiativen

Es werde sich zeigen, ob das von unseren Vorfahren begründete Erfolgsmodell Schweiz, welches uns Freiheit und Wohlstand gebracht hat, auch in Zukunft bestehe. Laut Thomas Matter sind diese Grundpfeiler heute nämlich in ernsthafter Gefahr. Mit der vom Bundesrat vorangetriebenen EU-Anbindung drohe die dynamische Übernahme von fremdem Recht und die Anerkennung fremder Richter. Die 1:12-Initiatie der Jungsozialisten verlangt ein staatliches Lohndiktat und hätte katastrophale Folgen: Auslagerung von Firmenteilen oder ganzen Firmen ins Ausland, massive Arbeitslosigkeit, Milliarden von Steuerausfällen, Gefährdung der Sozialwerke. Auch die Mindestlohn-Initiative bedeutet einen staatlichen Eingriff in die unternehmerische Lohnpolitik, würde Arbeitsplätze vor allem für Junge gefährden und die Masseneinwanderung noch zusätzlich steigern. Dasselbe gilt für die Initiative eines bedingungslosen Grundeinkommens, über die sich vor einem SVP-Publikum zum Glück ein Kommentar schon fast erübrigte. Die Initiative für eine nationale Erbschaftssteuer von linken und linkskirchlichen Kreisen führt zur Enteignung von Familien, die über Generationen gespart und gehaushaltet haben und wäre tödlich für heute erfolgreiche Schweizer Familienunternehmen. Sollte auch nur eine dieser vier bevorstehenden Volksinitiativen angenommen werden, würden unser Land und seine Bürger aufs Empfindlichste geschwächt.

Privatsphäre in Gefahr

Ebenfalls in Gefahr ist gegenwärtig unser bisher so wichtiges Gut des Schutzes der Privatsphäre. Sie ist Ausdruck des schweizerischen Grundverständnisses, dass der Staat für die Bürger da ist und nicht umgekehrt. Die Linke will zusammen mit der Finanzvorsteherin Evelin Widmer-Schlumpf die finanzielle Privatsphäre und speziell das Bankkundengeheimnis abschaffen. Nicht nur bei begründetem Verdacht eines Vergehens oder Verbrechens, sondern generell soll der automatische Informationsaustausch und damit der «gläserne Bürger» Tatsache werden.

Dabei gilt die Schweiz gerade wegen dem Vertrauen des Staates in seine Bürger als eines der steuerehrlichsten Länder der Welt. In Zeiten leerer Staatskassen versuchen die Politiker, möglichst viel aus den Bürgern herauszupressen. Dies stärkt einzig den staatlichen Verwaltungsapparat, vermindert aber Wohlstand, Wachstum, Arbeitsplätze und Freiheit. Darum habe – so Thomas Matter – die Zürcher SVP unlängst die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» initiiert. Sie soll verfassungsmässig die Einführung des gläsernen Bürgers verhindern und das Bankkundengeheimnis für Personen mit Wohnsitz oder Sitz in der Schweiz schützen. Erfreulicherweise hat das Anliegen zu einem breiten Schulterschluss der bürgerlichen Parteien, des Gewerbeverbandes wie der Hauseigentümer geführt. Thomas Matter rief eindringlich auf, jetzt die Initiative zum Schutz der Privatsphäre zu unterschreiben. Angesichts des gegenwärtig herrschenden «Wirtschaftskrieges» sei der Bevölkerung nämlich mehr Widerstandskraft zuzutrauen als den Behörden und der Verwaltung in Bundesbern.

LESERBRIEF

Faire Chancen für alle Familien

Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, sind aktuell doppelt bestraft. Zum einen verzichten sie auf ein Zweiteinkommen, zum andern können sie auch noch weniger von den Steuern abziehen als Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen. Um diesen Missstand zu beheben, müssen wir am 24. November 2013 JA zur Familieninitiative sagen, damit künftig auch Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, dies von den Steuern abziehen können.

Es ist absolut inakzeptabel, dass der Staat die Wahlfreiheit stark eingegrenzt und einen künstlichen Anreiz schafft, Kinder fremdbetreuen zu lassen.

Solche Zustände können wir nicht akzeptieren, haben wir doch gemäss Bundesverfassung Art. 2 Abs. 3 Chancengleichheit. Diese ist aktuell klar nicht gegeben. Die Eltern sollen frei entscheiden können, welche Form der Kindererziehung und -betreuung sie bevorzugen, und zwischen zwei gleichberechtigten Formen wählen können.

Sagen Sie deshalb am 24. November 2013 JA zur Familieninitiative.

Simone Akermann,
Junge SVP Kanton Zürich,
Volketswil

«BUEBETRICKLI» DES BUNDESRATES

Nein zur neuen Mediensteuer – Nein zur geplanten RTVG-Revision

Heute müssen jene Personen Radio- und Fernsehgebühren bezahlen, welche ein entsprechendes Empfangsgerät besitzen. Dies soll sich nun ändern.

NATALIE RICKLI
NATIONALRÄTIN SVP
WINTERTHUR

Der Bundesrat und die Mehrheit des Parlaments sind der Meinung, dass wegen der technologischen Entwicklung eigentlich jedermann überall Radio und Fernsehen empfangen könne und so auch alle Gebühren bezahlen sollen. Aus diesem Grund revidiert das Parlament derzeit das Radio- und Fernsehgesetz (RTVG): Aus den Empfangsgebühren wird eine allgemeine Haushaltabgabe, welche von sämtlichen Haushaltungen geschuldet ist – unabhängig davon, ob ein Empfangsgerät vorhanden ist oder nicht.

Obligatorische Volksabstimmung

Dabei handelt es sich um nichts anderes als eine neue Mediensteuer. Für die Einführung von neuen Steuern aber fehlt Bundesrat und Parlament die Kompetenz, denn für die Erhebung von Steuern braucht es eine explizite Grundlage in der Bundesverfassung. Aus diesem Grund hat die SVP den Antrag gestellt, das Geschäft an den Bundesrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, eine obligatorische Volksabstimmung durchzuführen, um abzuklären, ob die Mehrheit von Volk und Ständen überhaupt gewillt ist, die Grundlage für eine neue Mediensteuer zu schaffen.

Zudem ist der vielzitierte «Service public» endlich zu definieren: Der Bundesrat muss dem Parlament eine Botschaft zur genauen Definition des «Service public» vorlegen. Welche Leistungen sind zwingend von staatlichen Sendern zu erbringen und welche können von Privaten – ohne Gebühren – erbracht werden? Müssen für Internetdienstleistungen tatsächlich Gebühren erhoben werden oder haben wir dort nicht genug Wettbewerb? Braucht es zur Erfüllung des Service public wirklich 18 Radio- und 7 Fernsehsender der SRG?

Opting-out-Möglichkeit

Die vorberatende Kommission lehnte es ab, diesen «Service public» zu definieren. Stattdessen stimmte sie dem Vorschlag des Bundesrates zu, dass künftig alle Haushalte die neue Steuer bezahlen müssen, unabhängig davon, ob sie ein Empfangsgerät haben oder die gebührenfinanzierten Programme überhaupt nutzen.

Für mich ist klar: Auch in Zukunft muss sich abmelden können, wer kein Empfangsgerät hat. Das sind nicht viele, vielleicht ein paar Tausend in unserem Land, aber es ist staatspolitisch richtig: Eine Gebühr bezahlt man für eine Leistung, die man in Anspruch nimmt (z. B. die Kehrichtsackgebühr, die Turnhallenmietgebühr, die Notariatsgebühr oder Studiengebühren). Nur jene, die eine entsprechende Leistung in Anspruch nehmen, müssen diese Gebühren bezahlen. Eine Steuer hingegen ist voraussetzungslos geschuldet. Steuergelder werden verwendet für Leistungen der öffentlichen Hand, unabhängig davon, ob man die staatlichen Angebote nutzt oder nicht. Wenn nun also in Zukunft jeder Haushalt Fernsehgebühren zu entrichten hat, dann handelt es sich zweifellos um eine neue Steuer.

Die neue Mediensteuer ist zudem unfair. Diplomaten sowie AHV- und IV-Ergänzungsleistungsbezüger sind gebührenbefreit. Und auch Billag- und SRG-Mitarbeiter müssen die Abgabe nicht selber bezahlen. Hingegen werden künftig auch Personen zur Kasse gebeten, die gar kein Empfangsgerät besitzen – so zum Beispiel Blinde und Taube, ältere Personen, die nicht mehr gut sehen, oder Personen, die bewusst auf ein Empfangsgerät verzichten, weil sie kein Radio oder TV konsumieren wollen. Dass diese Personen nicht einmal eine «opting-out»-Möglichkeit haben sollen, ist ein Skandal. Es ist zu hoffen, dass der Nationalrat diesem Minderheitsantrag zustimmt.

«Buebetrickli» des Bundesrates

Heute beträgt die Jahresgebühr für den privaten Empfang Fr. 462.40, Firmen zahlen mehr. Zwar will der Bundesrat kleine Betriebe bis zu einem Jahresumsatz von Fr. 500 000 von der neuen Abgabe ausnehmen. Grundsätzlich richtig wäre eigentlich, alle Firmen auszunehmen, denn juristische Personen können weder Radio hören noch fernsehen. Stattdessen bittet der Bundesrat die Unternehmen mit höherem Umsatz aber massiv zur Kasse: Die Gebühr beträgt künftig bis zu 39 000 Franken. Damit ist dem Bundesrat ein eigentliches «Buebetrickli» gelungen: Weil künftig alle diese Abgabe entrichten und die Unternehmen zusätzlich massiv mehr bezahlen müssen, wird der Beitrag für den Einzelnen sinken. Während alt Bundesrat Moritz Leuenberger einmal von 360 Franken pro Haushalt sprach, sind es bei der aktuellen Medienministerin Doris Leuthard nun 400 Franken. Damit wird ein Referendum schwierig: Wer stimmt schon gegen ein Gesetz, wenn er künftig etwas weniger Gebühren bezahlen muss?

Dabei hätten die Gebühren schon längst gesenkt werden können, denn ein Blick auf die Entwicklung der Empfangsgebühren der letzten Jahre zeigt, dass die Gebührenkasse immer voller wurde: Dies hat einerseits mit der Zuwanderung zu tun und andererseits mit der Praxisänderung der Billag, dass auch Handy- und PC-Benützer sowie Kleinbetriebe wie Coiffeursalons zur Kasse gebeten werden. Im Jahr 2000 betrugen die Einnahmen aus den Empfangsgebühren noch 1,126 Mrd. Franken, anno 2012 waren es schon 1,354 Mrd. Franken

Dabei wäre ein Nein zum geplanten Radio- und Fernsehgesetz richtig, denn es ist in sich falsch: Statt endlich den «Service public» zu definieren, den Privaten mehr Spielraum zu geben und die Gebühren zu senken, wird die Stellung der SRG zementiert, die Privatsender mit etwas höheren Gebühren noch etwas abhängiger gemacht vom Staat und eine verfassungswidrige Mediensteuer eingeführt. Die vorberatende Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen hat an ihrer Sitzung vom 22. Oktober der RTVG-Revision mit 14 zu 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt. Der Nationalrat wird voraussichtlich in der kommenden Frühjahrs-Session darüber diskutieren.

Natalie Rickli ist Nationalrätin und Vizepräsidentin der Aktion Medienfreiheit.

Werden Sie Mitglied der Aktion Medienfreiheit und unterstützen Sie unsere gemeinsamen Ziele. www.medienfreiheit.ch

KOMITEE «NEIN ZUR VIGNETTEN-MOGELPACKUNG»

Vignetten-Preiserhöhung verunsichert immer mehr

Mit den Mehreinnahmen aus der AUTOBAHN-Vignette will der Bundesrat Umfahrungen, Radwege, Kreisel oder Fussgängerüberführungen auf normalen Strassen bauen statt die nervigen Engpässe im Glatttal oder bei Morges/Lausanne zu beseitigen: diese und andere Ungereimtheiten kritisierten an ihrer Medienkonferenz von letzter Woche die Vertreter des Komitees gegen die Vignetten-Mogelpackung. Sie legten zudem dar, dass gewünschte Strassenprojekte auch bei einem Nein zur Vignetten-Vorlage ohne Vignettengeld und ohne Verzögerung und schon gar ohne neuerdings angedrohte Benzinpreiserhöhung realisiert werden könnten.

ZB. Die Vertreter von ACS und TCS zeigten auf, dass die Vorlage zur Erhöhung des Preises der Autobahn-Vignette von 40 Franken auf 100 unnötig ist und auf vielen leeren Versprechungen und Drohungen beruht.

Ein Wunschkonzert wird feilgeboten

Für Peter Goetschi, Zentralpräsident des TCS, ist es unverständlich, dass der Bund bei der Vignettenvorlage den Eindruck erweckt, damit liessen sich alle anstehenden Ausbauprojekte finanzieren. «Kein Rappen aus der geforderten Vignettenpreis-Erhöhung wird beispielsweise in die Realisierung der wichtigen Netzerneuerungen oder -ergänzungen Glatttal und Morges/Lausanne fliessen», hielt er fest. Er beleuchtete auch andere Versprechen von Bund und Kantonen. Es werde ein ganzes Wunschkonzert von 65 Projekten landauf, landab der Bevölkerung in den Kantonen feilgeboten, sagte Goetschi. Wer genau hinschaue merke bald, dass keines dieser 65 Projekte auch nur ansatzweise einen Beitrag zur Beseitigung von Engpässen oder gar Kapazitätserweiterungen auf den Autobahnen leistet. Zudem präsentierte er eine Rechnung, die deutlich zeigt, dass kein grosser Kanton des Mittellandes von der Vignetten-Vorlage profitiert. «Auch wenn die Kantone das Gegenteil sagen: Gegen die Staus in den Agglomerationsgebieten wird nichts unternommen», so Goetschi.

Der Ausweg aus der politischen Sackgasse

Für Mathias Ammann, Zentralpräsident ACS, ist «eine der vielen Mogeleien», dass den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 24. November ein Ja zur 100 Franken-Vignette abgetrotzt werden soll mit der Begründung, bei einem NEIN würde die Erweiterung des Nationalstrassennetzes blockiert. Ammann wies darauf hin, dass der Luzerner Nationalrat Felix Müri mit einer parlamentarischen Initiative bereits die Weichen gestellt hat, damit auch ohne zusätzlichen Vignettengelder Ausbauprojekte finanziert werden können.

Der ACS-Zentralpräsident erinnert zudem einmal mehr daran, dass der Bund in den zwei Spezialkassen «Spezialfinanzierung Strassenverkehr» und «Infrastrukturfonds» vier Milliarden Franken hortet.

Dieses Geld wurde in den letzten 20 Jahren angesammelt für das nicht eingelöste Versprechen, das Nationalstrassennetz fertig zu bauen. «Doch statt den von Nationalrat Müri gezeigten Ausweg aus der politischen Sackgasse zu nutzen, droht Bundesrätin Doris Leuthard nun erpresserisch mit einer Benzinpreiserhöhung», ärgerte sich Mathias Ammann.

Unsicherheit und Ungewissheit ist gewaltig

Pierrette Roulet-Grin, Präsidentin der Sektion Waadt des TCS, unterstützte ihre Kollegen aus der Deutschschweiz. Auch sie präsentierte eine Rechnung, die nicht aufgeht: Die Kosten der baureifen Projekte La Chaux-de-Fonds, Le Locle und Näfels betragen 1,2 Milliarden Franken, die Verbindung der A2 mit der A 13 im Tessin wird mit 1 Milliarde Franken veranschlagt, die geplanten Umfahrungen von Laufen und Zwingen kommen auf 950 Millionen Franken zu stehen, die Bodensee-Thurtal-Strasse wird 800 Millionen Franken kosten. «Damit sind die vier Milliarden ja bereits ausgeschöpft», sagt sie. Für den Ausbau der A 1 sei also gar kein Geld vorhanden. «Die Vorlage über die Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes ist völlig unausgereift», sagte Roulet-Grin «deshalb sind Unsicherheit und Ungewissheit gewaltig.»

Das Komitee gegen die Vignetten-Mogelpackung empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, am 24. November 2013 die Vorlage über die Änderung des Nationalstrassen-Abgabegesetzes abzulehnen.

Bevor über neue Abgaben diskutiert werden kann, braucht es einen in der Bundesverfassung verankerten Strasseninfrastrukturfonds, ein strategisches Ausbauprogramm sowie eine gerechte Verwendung der Strassengelder.

Nur dies garantiere, dass langfristig Betrieb, Unterhalt und Ausbau des Nationalstrassennetzes sichergestellt werden.

ZUR FAMILIENINITIATIVE

Für alle statt für wenige – Steuerabzüge für alle Familien

BARBARA STEINEMANN
KANTONSRÄTIN SVP
WATT-REGENSDORF

Welche sachliche Rechtfertigung gibt es, dass der Gesetzgeber in steuerlicher Hinsicht zwei Kategorien von Eltern geschaffen hat, nämlich solche, die vom Umstand profitieren, dass sie ihre Kinder gegen Entgelt von Dritten betreuen lassen, und andere, die von diesem Vorteil ausgeschlossen bleiben? Eltern von Krippenkindern dürfen heute 10 000 Fr. jährlich von den Steuern in Abzug bringen. Bei Annahme der Initiative müsste der gleiche Betrag als Steuererleichterung für beide Familienmodelle gelten. Wenn nun die Gegnerschaft die Steuerausfälle betrauert, die bei Annahme der Initiative resultieren könnten, so ist dem entgegenzuhalten, dass natürlich die Mehrheit des Bundesparlamentes mit ihrem Steuerabzug und der damit einhergehenden indirekten Subventionierung von Krippenkindern den ersten Schritt dazu getan hat. Und im Parlament des Kanton Zürichs, wo diese Krippen-Steuerbegünstigung ihren Ursprung hat, ist die Einführung mit 4000 Fr. Abzug ohne einzigen Hinweis auf die entgangenen Einnahmen des Staates im Schnellverfahren beschlossen worden – genauso wie kurze Zeit später die Erhöhung auf 10 000 Fr. Im Übrigen bereiten die Steuerausfälle aus der 1:12-Initiative den GenossInnen interessanterweise keine Sorgen.

Eine wie von der Initiative vorgesehene Steuererleichterung für die Eigenbetreuung kennen bereits Nidwalden, Zug, Wallis, sowie Luzern, die Familieninitiative erfindet also keineswegs etwas Neues: In letzterem Kanton beispielsweise müsste der Unterschied zwischen den 2000 Franken Eigenbetreuungsabzug und 4700 Franken Fremdbetreuungserleichterung durch Angleichung aufgehoben werden. Der Staat hat durch gleich hohe Steuererleichterungen oder durch beidseitigen Verzicht die Freiheit der Familienmodelle zu gewähren. Kinder kosten so oder so, sind zuhause aber bestimmt nicht schlechter aufgehoben, als in der Krippe.

Selbstbetreuende Eltern kosten die Allgemeinheit weitaus weniger Geld, denn sie nehmen keine staatlich subventionierten Hortplätze in Anspruch. Gemäss Bundesamt für Sozialversicherungen belaufen sich die Vollkosten pro Platz immerhin auf rund 30 000 Franken jährlich. Die Kita-Plätze werden somit von allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern subventioniert, selbstbetreuende Eltern entlasten demzufolge Kanton und Gemeinden. Heute bevorzugt der Staat ein Familienmodell – nicht aus sachlichen, sondern aus ideologischen Gründen.

Was für das Kind das Beste ist, sollen die Eltern und nicht der Staat entscheiden. Ein Ja zur Familieninitiative am 24. November bedeutet Fairness all jenen Eltern gegenüber, die ihrer Eigenverantwortung nachkommen.

Diskriminierung stoppen

RENÉ ISLER
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Vor dem Hintergrund, dass Familienpolitik zu einem hart umkämpften ideologischen Schlachtfeld geworden ist, wundert es kaum, dass ein falsches Adjektiv im falschen Moment langjährige Freundschaften unter Familien blitzartig beenden können. Die politisch korrekte Auffassung des Themas Kinderbetreuung konzentriert sich heute auf folgende, mitleidlos verteidigte Kernideologien.

Der Staat hat primär Kinderkrippen zu fördern und berufstätige Mütter sind bessere Menschen als Mütter, die zu Hause für ihre Familien sorgen, weil nur der Staat dafür sorgen kann, dass es möglichst viele berufstätige Mütter gibt, wobei die Erziehung der eigenen Kinder nicht als Beruf gilt, sondern als Ausdruck eines rückständigen, vorsintflutlichen, unemanzipierten Menschenbilds, in dessen Zentrum die Hausfrau als intellektuell überfordertes Opfer einer männerdominierten Zwangsordnung betrachtet wird.

Ein Verstoss gegen diese unbezweifelbaren Gewissheiten der staatlichen Obrigkeiten lässt auf eine frauenfeindliche, ja menschenverachtende Gesinnung schliessen. So verwundert es kaum, dass die eidgenössischen Räte im Herbst 2009 beschlossen haben, explizit nur all jenen Familien einen maximalen Steuerabzug von Fr. 10 000 zu gewähren, welche ihre Kinder staatlich fremdbetreuen lassen. Familien, welche sich selber organisieren oder bei denen sich jeweils ein Elternteil um die Kinder kümmert, gehen leer aus. Um genau diesen Unsinn aus der Welt zu schaffen und somit die Eigenleistung und Eigeninitiativ wieder stärker in den Vordergrund zu stellen, hat die SVP die Familien-Initiative lanciert, über deren Annahme die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger befinden können. Wenn die Gegner unter anderem argumentieren, diese Initiative sei finanziell gar nicht zu stemmen, so ist das eine völlig absurde Aussage.

Es wird sträflich ausgeblendet, dass heute beinahe 80 Prozent der effektiven Fremdbetreuungskosten durch den Staat subventioniert und somit durch Steuergelder gedeckt werden müssen. Eltern, die ihre Kinder selber betreuen oder die Betreuung selbständig organisieren, werden so zu den ganz grossen Verlierer, weil sie nicht nur auf einen Teil ihres Einkommens verzichten, sondern auch die Fremdbetreuungskosten mittragen müssen und letztlich auch für ihre Eigenleistung keine steuerlichen Abzüge machen können. Wer diese Diskriminierung stoppen will, sagt am 24.11.2013 mit Überzeugung Ja für die dringend notwendige Familien-Initiative.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Ungebremste Ausgabenwut

Anfangs der Ratssitzung prägten ethische Themen die Debatte. Was ist wichtiger, den Erhalt einer geschützten Parkanlage oder das Erstellen eines dringend benötigten Gebäudes für Kranke? Wie wird eine 24-Stunden-Gesellschaft definiert, die bei Nacht Veranstaltungen auf Friedhöfen abhält?

MARGRIT HALLER
GEMEINDERÄTIN SVP
ZÜRICH 9

Das Tagesthema in der Presse vom Mittwoch war die Absage der Bausektion des Zürcher Stadtrates an das Universitätsspital, einen dringend benötigten Modulpark im Park zu erstellen. Praktisch jede Fraktion verlas anfangs der Ratssitzung ihre Erklärung dazu. Was weiter mit respektvollem Umgang zu tun hat, ist das Verhalten auf Friedhöfen. In der «Langen Nacht der Museen» fand am 7. September 2013 auf einem Friedhof eine Theateraufführung mit Lesung statt, welche durch eine Zeitung als «Grusellesung nach Mitternacht» bezeichnet worden ist. Friedhöfe sind ein Ort der Ruhe und der Besinnung. Die Achtung vor den Verstorbenen und ihren trauernden Angehörigen soll gewährleistet bleiben. Martin Bürlimann und Thomas Monn haben dazu ein Postulat eingereicht, darin gebeten wird, auf Aufführungen und Darbietungen in dieser Art auf Friedhöfen zu verzichten.

Ethik im Umgang mit Steuergeldern

Die SVP ist oft die einzige Fraktion im Rat, die sich beim Ausgeben von so viel hart verdientem Geld der Bürgerinnen und Bürger moralisch ein Gewissen macht. Hedy Schlatter vertritt in der folgenden Weisung die Minderheit. Die private Auftragsvermittlungsstelle ETCETERA vom Schweizerischen Arbeiterhilfswerk (SAH) beantragt für das Jahr 2014 einen leistungsabhängigen Maximalbeitrag von 279 300 Franken. Das Organisationskapital vom SAH, also von einer sozialpolitisch motivierten Organisation, besitzt ein Eigenkapital von 1,9 Millionen Franken, dazu Aktiven von über 2 Millionen und noch riesige Eigenmittel dazu. Dazu kommt, dass sogar noch eine Erhöhung des Beitrags von 3800 Franken gefordert wird. Die SVP lehnt unter diesen Voraussetzungen den ganzen Betrag ab – als einzige Partei.

Steuergeld für Völkerverständigung?

Ein Postulat verlangt, dass die Kunstschleuder «Y» im Hardaupark abgebaut und kostenneutral gegen ein geeignetes Objekt aus dem bestehenden Fundus «Kunst am Bau» der Stadt Zürich ersetzt wird.

Stadträtin Ruth Genner erklärt, dass die Kunst-Schleuder ein Symbol für Gewalt sei, sie kann aber auch als «Liebesschaukel» benutzt werden, es steht in einem Quartier mit hohem Ausländeranteil und ist zu einem Identifikationsobjekt geworden.

Ruth Anhorn erklärt, dass dieses Kunstobjekt des Kosovaren Sisley Xhafa, der in New York lebt, schon 300 000 Fr. gekostet habe. Anfänglich funktionierte das Lichtspiel nicht, Jugendliche haben das Kunstwerk beschädigt, es musste bis 8 Monate stillgelegt werden. Bei einem Risikospiel im Letzigrund muss die Schaukel jeweils fixiert werden. Ab Januar dieses Jahres ist sie endlich in Betrieb.

Die Instandstellung des Kunstwerkes und die Überwindung aller Kinderkrankheiten haben den Steuerzahler weitere x-tausend Franken gekostet. Die SVP kann sich dafür nicht begeistern, eine Demontage kann auch nicht kostenneutral erfolgen. Sie unterstützt das Postulat nicht.

Steuergelder für ideologische Verkehrsverhinderungspolitik?

Des Weiteren wurden weitere flankierende Massnahmen gegen den motorisierten Individualverkehr (MIV) in der Rosengartenstrasse und durchgehende Busspuren in beiden Fahrtrichtungen auf der Wehntalerstrasse gefordert. Mit Motionen wird der Stadtrat gezwungen, eine Lösung in zwei Jahren aus dem Hut zu zaubern. Die Linken sehen darüber hinweg, dass der Kanton als übergeordnete Instanz für die Rosengartenstrasse zuständig oder dass die Gegend Affoltern mit Wehntalerstrasse schon in einer Entwicklungsstrategie 2030 einbezogen ist. Diese Zwängereien kosten den Steuerzahler Millionen! Unsere Gemeinderäte Kurt Hüssy und Mauro Tuena haben keine Chancen, die ideologische Mauer von rot-grün zu durchbrechen.

Ein Postulat verlangte, dass 50 zusätzliche Parkplätze als Teilkompensation für die in der Innenstadt durch Baustellen gesperrten Parkplätze im Parkhaus Opera geschaffen werden. Das lässt der historische Parkplatzkommpromis nicht zu. Es wird akribisch darauf geschaut, dass seit 1990 kein Parkplatz mehr in der Innenstadt zur Verfügung gestellt wird, obwohl die Bevölkerung seitdem um ca. 38 000 Personen zugenommen hat. Das ist ein Affront sondergleichen gegen das Gewerbe. Die Einkaufsgewohnheiten werden weiterhin ausserhalb der Stadt verlagert. Blind vom Fanatismus, den Autofahrer aus der Stadt zu vertreiben, wird dieses Postulat mit Hilfe der GLP abgelehnt.

Zu guter Letzt erklärt uns unser Stadtratskandidat Roland Scheck, was der Masterplan Velo zum Ziel hat. Nämlich die Anzahl der Velos bis 2025 zu verdoppeln.

Das Velo ist ein Fahrzeug für den Binnenverkehr. Der Binnenverkehr mache nur einen Bruchteil des Gesamtverkehrs aus.

Somit konkurrenzieren die Velos den öffentlichen Verkehr, also das Tram und die Busse. Der Masterplan Velo kostet den Steuerzahler 55 Millionen und die Öffentlichkeitsarbeit des städtischen Verkehrs weitere 12 Millionen. Soll sich doch der Stadtrat nur noch weiter blamieren, so Roland Scheck, er solle Strassencafés für Velos, Hafenkräne und staatlich subventionierte Verrichtungsboxen erstellen.

Mit diesen Aufführungen möchte ich Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, wieder einmal mehr vor Augen führen, was da in der rot-grün dominierten Stadt abläuft. Wir brauchen mehr SVP, um das Steuer noch herumreissen zu können, sonst versinken wir in einem reissenden Strudel.

Parolen zur Volksabstimmung vom 24. November 2013 der SVP Stadt Zürich

Vorlagen Stadt Zürich

1. **Lagerstrasse, Abschnitt Lang- bis Kasernenstrasse, Strassenneugestaltung, Landerwerb, Lärmsanierung, Objektkredit von 16,69 Millionen Franken** — NEIN
2. **Neuregelung der Zusammensetzung des Büros des Gemeinderats, Änderung der Gemeindeordnung** — JA

STADT ZÜRICH – AUFTAKT ZU DEN GEMEINDERATSWAHLEN 2014

Die einzige Kraft gegen Massenzuwanderung und Asyltouristen

Die Stadt Zürich platzt aus allen Nähten. Kein Wunder, noch nie in den letzten 30 Jahren lebten so viele Menschen hier.

ROGER LIEBI
PRÄSIDENT
SVP STADT ZÜRICH

Dabei fällt der massive Gesamtbevölkerungsanstieg seit 2004 auf. Noch nie lebten zudem so viele Ausländer in dieser Stadt. Dabei ist allerdings nicht berücksichtigt, dass seit 2002 Tausende eingebürgert wurden. Wer dazumal die Bürgerrechtsdebatten im Gemeinderat mitverfolgte, der weiss auch, dass dabei Integrationsbemühungen und besonders Deutschkenntnisse überhaupt keine Rolle spielten.

Schulden wegen Zuwanderung

In derselben Zeit erwirtschaftete die Stadt Zürich unter der rot-grünen Mehrheit in Regierung und Parlament in acht von zehn Jahren Defizite und, ganz besonders alarmierend: Die Bruttoschulden stiegen massiv an. Es besteht also offensichtlich eine hohe Korrelation zwischen Bevölkerungswachstum und besonders der Zuwanderung und Schuldenentwicklung.

Das ist ja auch kein Wunder. Jedermann, der mit offenen Augen durch die Strassen geht, weiss, dass die Infrastruktur dieses Wachstum ohne riesige Investitionen nicht mehr zu schlucken vermag. Umso besorgniserregender sind die Ausführungen der linken Regierung der Stadt Zürich zu den Bevölkerungsprognosen anlässlich der BZO-Revision. Nochmals rund 30 000 bis 50 000 Personen sollen bis 2030 hier Platz finden. Immer mehr Leute drängen aus dem EU Raum zu uns, vielfach Doppelverdiener ohne Kinder, gut verdienend, wenngleich meist unter dem Niveau, was sonst für Schweizer ausgegeben werden müsste.

Es besteht entsprechend nicht nur eine Korrelation zwischen Zuwanderung und Schulden, sondern auch eine zwischen Zuwanderung und Mietpreisexplosion, genauso wie verstopfte Strassen nicht nur wegen der rot-grünen Verhinderungspolitik, sondern eben genau mit der grenzenlosen Zuwanderung zu tun haben.

Das Volk wird getäuscht

Es mutet geradezu absurd an, dass ausgerechnet diejenigen Parteien, die rot-grüne Mehrheit des Stadtzürcher Parlamentes, so tun, als würden sie sich für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt einsetzen, schon gar nicht für die Schweizerinnen und Schweizer und noch weniger für die Familien.

Wenn dieselben Parteien, die für die Masseneinwanderung alleinverantwortlich sind, nun plötzlich billigere Wohnungen, Lehrstellen für alle, mehr Grünräume, weniger Autos, etc. fordern, so ist das gelinde gesagt unglaubwürdig, ja das Volk richtiggehend täuschend! Die Stadt Zürich, die Zürcherinnen und Zürcher, können sich rot-grün nicht mehr leisten – es ist 1 Minute vor 12. Selbstverständlich ist Zuwanderungspolitik vordergründig nicht eine städtische Aufgabe. Hingegen haben gerade städtische Parteien die Pflicht, alles zu tun, dass Stadtbild, Sicherheit, Finanzen etc. so gestaltet sind, dass es für unsere Bürger lebenswert bleibt.

Es kann deshalb nicht sein, dass Integrationsstrukturen, Dolmetscherdienste, Soziokultur, BZO etc. so ausgebaut werden, dass Ausländer geradezu aufgefordert werden, nach Zürich zu kommen.

In der gleichen Zeit unterliess es die linke Mehrheit nicht, den Finanzplatz, eine urschweizerische Wirtschaftskraft, schlechtzureden. Die Folgen sind bekannt: Entlassungen, Steuerausfälle, fehlende Aufträge beim Gewerbe und noch vieles mehr. Allein die SVP warnte seit 2002 vor diesen absehbaren Folgen. Und die SVP warnte nicht nur – wir setzten das in allen entsprechenden Parlamentsdebatten inklusive Budget auch um.

SVP macht Politik zum Wohl der ganzen Bevölkerung

Aber wie wenn damit noch nicht genug wäre, wird uns nun noch zugemutet, zusätzlich zur bestehenden Asylantenförderung auch noch ein eidgenössisches Asylzentrum nach Zürich zu holen. Dabei sind die Auswirkungen auf die Sicherheit der Bürger, gerade auf Frauen, nachhaltig bekannt. Diebstähle, Belästigungen nehmen massiv zu. Kein Wunder, wehren sich die Anwohner aller betroffenen Quartiere jeweils massiv – meist natürlich, ohne dass dies den linken Stadtrat und dessen angehängte Parteien kümmern würde.

Die SVP-Wahlkampfthemen

Entsprechend setzen wir uns im Gemeinderatswahlkampf voll und ganz für das Wohl der Zürcherinnen und Zürcher und ihre Kinder ein, mit namentlich drei Themen:

Sicherheit – Verhätschelungen wie im Fall Carlos darf es in Zürich nie mehr geben. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen sich endlich sicher und beschützt fühlen können.

Ausländerpolitik und Asyl – die Stadt Zürich ist keine Zuwanderungsstadt – Zürcher Familien und junge Erwachsene können sich das nicht mehr leisten.

Finanzen – die zunehmende Verschuldung und die laufenden hohen Defizite gefährden den Mittelstand, die Familien, die künftige Generation, das Gewerbe massiv. Es drohen höhere Steuern und Abgaben. Die SVP wehrt sich für die Bürger dieser Stadt gegen die damit verbundene Enteignungspolitik.

Puure-Metzgete

im Restaurant Muggenbühl (Pavillon)

Mit Regierungsrat Ernst Stocker
Mit Parteipräsident Alfred Heer
Mit Stadtratskandidatin Nina Fehr Düsel
Mit Stadtratskandidat Roland Scheck
und mit Stadtparteipräsident Roger Liebi

Für musikalische Unterhaltung ist gesorgt.

Freitag, 8. November 2013, ab 18.00 Uhr

Restaurant Muggenbühl,
Muggenbühlstrasse 15, 8038 Zürich Wollishofen

Reservationen unter 044 482 11 45,
ernst.bachmann@pop.ch

Wir freuen uns auf Sie.

Das Muggenbühl erreichen Sie mit dem Auto (Parkplätze vorhanden), oder mit der S-Bahn S4, Haltestelle Zürich-Brunau (2 Gehminuten) oder mit dem Bus, Linien 33 und 66, Haltestelle Thujastrasse.

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

SVP-Wahlplattform 2014–2018

Die SVP-Wahlplattform bildet den Leitfaden für die politische Arbeit und ist ein Wahlversprechen im kommenden Wahlkampf. Die Wahlplattform wird kommende Woche im SVP-Internet aufgeschaltet.

MARTIN
BÜRLIMANN
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 10

Die Wahlplattform 2014–2018 bildet die Richtschnur und das Leitbild für die gewählten SVP-Vertreterinnen und Vertreter. Mit klarer bürgerlicher Politik, welche die Anliegen und Nöte der Bevölkerung ernst nimmt, sollen bei den Wahlen im Frühling 2014 Stimmenanteile und Sitze gewonnen werden. Die Wahlplattform verfolgt zwei Ziele. Die Wählerinnen und Wähler sollen wissen, wofür die SVP der Stadt Zürich steht. Zweitens sollen die Parlamentarier und Verantwortungsträger ein Argumentarium erhalten. Verlässlichkeit gegenüber den Wählern ist ein hoher Wert: Die SVP hält sich an ihr Programm.

Demokratie und Marktwirtschaft

Der Titel «Bürgerliche Politik» ist Programm und Auftrag: Die SVP bekennt sich zu Demokratie und Marktwirtschaft. Die öffentliche Hand soll nur tun, was private Unternehmen nicht können.

Der Staat soll seine Bevormundungsrolle aufgeben und zu seinen ursprünglichen Aufgaben zurückfinden: Infrastrukturen bereitstellen, Eigentum garantieren und Sicherheit schaffen.

Die drängendsten Probleme der Stadt liegen bei den Finanzen, die ausser Kontrolle geraten, beim Verkehr, der zunehmend fleissige Einwohner schikaniert und bei Energiefragen, wo der Staat unbotmässig die Einwohner umerziehen will und weltfremde, wirtschaftsfeindliche Steuern erhebt. Die Wahlplattform wird in der kommenden Woche im Internet aufgeschaltet.

Ein Vorabdruck wird den Medien an einer Pressekonferenz übergeben. Anschliessend wird die gedruckte Version für Mitglieder und Interessenten zur Verfügung stehen.

Achtung!

Zahle
Höchstpreise
für
alle **Autos.**

Komme
bei Ihnen vorbei.

Tel. 044 822 26 11

Christbäume
Nordmann-, Rot-, Weisstannen,
Nobilis, Blaufichten

Dekorationsreisig
Nordmann, Nobilis, Kosteri
Weymouthsföhren, Weisstannen

Verpackungsgeräte + Netze
in diversen Grössen

Christbaum-Spitzmaschinen
Diverse Modelle

Fordern Sie unsere Preisliste an!

Josef Kressibucher AG
Forstbaumschule
Ast 2

8572 Berg TG
Tel. 071 636 11 90
Fax 071 636 10 29
www.kressibucher.ch

Dieselöl Benzin

HEIZ OEL HAURI

Th. Hauri Brennstoffe AG
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

Veranstaltung mit SVP Nationalrat Hans Fehr

Dienstag 5. Nov 2013
um 19.00 Uhr

Die SVP Zürich Kreis 7+8 lädt Sie herzlich zur Veranstaltung mit Nationalrat Hans Fehr ein.

Ort: Restaurant Elefant
Adresse: Witikonerstr. 279, 8053 Zürich
Zeit: 19.00 Uhr

Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

Vorstand SVP Kreispartei 7+8

SVP

SVP-Adventsabend

Samstag, 23. November 2013

Sunnmatt 4, 8126 Zumikon
(vis-à-vis ZumiPark, Wegweiser „Sunnmatt Lodge")

Ehrengast:
Toni Brunner
Nationalrat
Präsident SVP Schweiz

18.30 Uhr	**Musikalischer Apéro** mit Gregor Rutz, Nationalrat
19.30 Uhr	**Gemütliches Abendessen** Fondue Chinoise, Salatbuffet Dessertbuffet
Tenue:	sportlich-elegant
Preis:	Fr. 70.- pro Person (zahlbar vor Ort) Mitglieder JSVP (bis 25 Jahre): Fr. 40.-

Wir freuen uns sehr auf Ihre Teilnahme: Geniessen Sie mit uns einen wunderbaren Abend im geheizten Zelt in weihnachtlich dekorierter Umgebung! Den Sponsoren, welche diesen Anlass möglich machen, danken wir sehr herzlich.

Mit herzlichem Gruss

Theres Weber-Gachnang
Kantonsrätin, Präsidentin SVP Bez. Meilen

Benno Müller
Quästor SVP Bezirk Meilen

- ☐ Gerne melde ich mich an für den SVP-Adventsabend vom 23. November 2013.
- ☐ Anzahl Personen: .....

Name, Vorname: .....

SVP-Sektion, Wohnort: .....

Gäste: .....

Anmeldung bitte an
Benno Müller, Sunnmatt 4, 8126 Zumikon
Tel. 044 918 14 25 • Fax 044 918 14 79 • info@sunnmatt-lodge.ch

WUCHEMÄRT
WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Roller APRILIA Atlantic 125, Jg. 2006 6000 km, blau, sehr gepflegt, Fr. 1550.–. Tel. 044 252 18 22.

Pneumontiermaschine Gorghi für PW-Reifen. Fr. 500.–. Tel. 052 365 27 35, 078 717 63 87.

ZU KAUFEN GESUCHT

Kaufe Autos, Busse, Lieferwagen etc. Gute Barzahlung, gratis Abholdienst. Tel. 079 613 79 50 auch SA/SO.

Erfolgreich werben
im «Zürcher Boten»
und«Zürcher Bauern»

IHR INSERAT IM WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? **Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser.** Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/wuchemaert

Preise
3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für **nur Fr. 20.–** inkl. MWSt.
6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für **nur Fr. 40.–** inkl. MWSt.

Einsendeschluss
jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11
Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag überwiesen wurde. Die Zahlungsangaben finden Sie auf der oben genannten Internetseite. Besten Dank für Ihr Verständnis.

Schweizerzeit

«Schweizerzeit»-Herbsttagung 2013

Samstag, 2. November 2013, 09.15 bis 14.00 Uhr
im Hotel Hilton, Hohenbühlstrasse 10, Zürich-Flughafen

Professor Hans Geiger
Finanzexperte

Der Finanzplatz Schweiz in Turbulenzen – inneren und äusseren

ab 08.30 Uhr	Willkommenskaffee
09.15 Uhr	Tagungsbeginn mit Referat von Prof. Hans Geiger, anschliessend Podiumsgespräch mit Prof. Martin Janssen, Zürich, Olivier Kessler, St. Gallen, Thomas Matter, Meilen; Leitung: Ulrich Schlüer
ca. 12.45 Uhr	Apéro riche
	Teilnahmekosten: Fr. 50.–

Anmeldung
«Schweizerzeit»-Herbsttagung vom 2. November 2013

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Bitte anmelden **bis spätestens Freitag, 25. Oktober 2013** an
«Schweizerzeit», Postfach 23, 8416 Flaach
Telefon 052 301 31 00 – Fax 052 301 31 03 – E-Mail info@schweizerzeit.ch

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 4. November 2013, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Affoltern / Aeugst
Jeden 1. Donnerstag im Monat, ab 20.00 Uhr, Restaurant Eichhörnli, Aeugst.

Bezirk Andelfingen / Buch am Irchel
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Hauptstrasse 12, Buch am Irchel.

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Luzernerstrasse, Birmensdorf.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeweils Sonntagmorgen, ab 10.00 Uhr, Café Meier, Seuzach: 1. Dezember 2013.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Schwamendingerhuus (Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Aeugst
Freitag, 22. November 2013, 17.00 Uhr, Besuch Kriminalmuseum, Zürich. Weitere Auskünfte bei Ruedi Bieri, Präsident, unter Tel. 044 761 66 26.

Bezirk Bülach / Bülach
Samstag, 2. November 2013, 17.00 Uhr, in der Betriebskantine Landert «Landessa», Metzgete mit Livemusik und Tanz. Der Weg ist mit Ballonen markiert.

Bezirk Dielsdorf / Boppelsen
Samstag, 16. November 2013, ab 19.00 Uhr, im Mehrzweckraum (Feuerwehrgebäude Hinterdorf), traditioneller Raclette-Abend. Kommen Sie vorbei und geniessen Sie in gemütlicher Atmosphäre ein feines Raclette. Sie sind herzlich willkommen!

Bezirk Dielsdorf / Niederhasli
Samstag, 9. November 2013, 19.30 Uhr (Apéro), Restaurant Roter Apfel, Spitzstrasse 17, Niederhasli, Martinimahl mit Nationalrätin Natalie Rickli. Kosten pro Person: 40 Franken. Eingeladen sind alle interessierten Mitglieder und Sympathisanten der SVP. Anmeldung bis Freitag, 1. November 2013, an Philippe Chappuis, Telefon 044 850 31 41, Fax 044 850 30 54 oder per E-Mail: philippe.chappuis@bluewin.ch. Bitte um Angabe von Name/Vorname/Adresse und Anzahl Personen.

Bezirk Dielsdorf / Rümlang
Samstag, 9. November 2013, 10.00 Uhr, Restaurant Sorriso, Glattalstrasse 182, Rümlang, 21. Politstamm. Als Referent nimmt Kantonsrat Beat Huber teil. Er spricht zum Thema «Volksinitiative 1 : 12 – für gerechte Löhne».

Bezirk Dietikon / Oetwil a. d. L.
Donnerstag, 7. November 2013, ab 18.30 Uhr, Restaurant Freihof, Oetwil a. d. L., Herbst-Höck.

Bezirk Horgen / Wädenswil
Dienstag, 5. November 2013, 20.00 Uhr, Etzelsaal der katholischen Kirche Wädenswil, öffentliche Veranstaltung «Erfolgreicher Kanton Zürich – Auswirkungen auf Wirtschaft und Verkehr». Es referiert Ernst Stocker, Regierungsrat, unter Mitwirkung von Heini Hauser, Stadtrat, Christina Zurfluh, GRPK-Präsidentin und Stadtratskandidatin. Anschliessend Diskussion.

Bezirk Meilen
Samstag, 23. November 2013, 18.30 Uhr, Sunnmatt 4, Zumikon (vis-à-vis ZumiPark, Wegweiser «Sunnmatt Lodge»), SVP-Adventsabend mit Ehrengast Toni Brunner, Nationalrat, Präsident SVP Schweiz. Programm: 18.30 Uhr: Musikalischer Apéro mit Gregor Rutz, Nationalrat. 19.30 Uhr: Gemütliches Abendessen mit Fondue Chinoise, Salatbuffet, Dessertbuffet. Tenue: Sportlich-elegant. Preis: Fr. 70.– pro Person (zahlbar vor Ort). Mitglieder JSVP (bis 25 Jahre): Fr. 40.–. Anmeldung bitte an Benno Müller, Sunnmatt 4, 8126 Zumikon, Telefon 044 918 14 25, Fax 044 918 14 79, E-Mail: info@sunnmatt-lodge.ch. Bitte angeben: Anzahl Personen, Name und Vorname, SVP-Sektion, Wohnort und Gäste.

Bezirk Meilen / Uetikon am See
Samstag, 2. November 2013, 9.00–11.30 Uhr, vor dem Volg, Uetikon am See, Standaktion zur Familien- und Privatsphären-Initiative. Anwesend sind Nationalrat Christoph Mörgeli (9.00 bis 10.00 Uhr) und Kantonsrätin und Bezirkspräsidentin Theres Weber-Gachnang.

Bezirk Uster / Uster
Samstag, 2. November 2013, 11.00 Uhr, «Forsthaus», Haldenstrasse, Uster (ab der Pfäffikerstrasse / Wermatswilerstrasse mit Jalon signalisiert), Fondueplausch. Besonderes: 11.00 bis 12.00 Uhr: Höck mit Parolenfassung für die Abstimmung vom 24. November 2013. Musik und Gäste. Gratiswürstli für Kinder. Nehmen Sie Ihre Freunde und Bekannten mit zum feinen «Forsthaus-Figugegl» in gemütlicher Atmosphäre.

Junge SVP Zürich West
Donnerstag, 14. November 2013, 20.00 Uhr, Zunftstube Weisser Wind, Oberdorfstrasse 20, Zürich, Polittalk mit 2 starken Frauen: Natalie Rickli, Nationalrätin, SVP ZH «Aktuelles aus Bundesbern» und Nina Fehr Düsel, Stadtratskandidatin, SVP Stadt ZH «Aktuelle Brennpunkte». Im Anschluss laden wir Sie gerne zum Apéro ein.

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Freitag, 8. November 2013, ab 18.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl (Pavillon), Muggenbühlstrasse 15, Zürich Wollishofen, Puure-Metzgete mit Regierungsrat Ernst Stocker, Parteipräsident Alfred Heer, Stadtratskandidatin Nina Fehr Düsel, Stadtratskandidat Roland Scheck und Stadtparteipräsident Roger Liebi. Für musikalische Unterhaltung ist gesorgt. Reservationen unter Telefon 044 482 11 45 oder E-Mail: ernst.bachmann@pop.ch. Wir freuen uns auf Sie. Das Muggenbühl erreichen Sie mit dem Auto (Parkplätze vorhanden) oder mit der S-Bahn S4, Haltestelle Zürich-Brunau (2 Gehminuten) oder mit dem Bus, Linien 33 und 66, Haltestelle Thujastrasse.

Stadt Zürich / Kreis 7 und 8
Dienstag, 5. November 2013, 19.00 Uhr, Restaurant Elefant, Witikonerstrasse 279, Zürich, Veranstaltung mit Nationalrat Hans Fehr, SVP.

VERANSTALTUNGEN ZU DEN ABSTIMMUNGEN VOM 24. NOVEMBER 2013

Montag, 11. November 2013, 20.00 Uhr (Türöffnung 19.30 Uhr), Schulhaus Obermeilen, Bergstrasse 120, Meilen, kontradiktorisches Podium zur Volksinitiative «1:12». Podiumsgäste: Heinz Karrer, Präsident economiesuisse, und Marco Kistler, SP, Erfinder der Volksinitiative «1:12». Moderation: Martin Spieler, Chefredaktor Sonntagszeitung. Anschliessender Apéro, offeriert von der Sektion Meilen. Veranstalter: Bezirk Meilen, Sektion Meilen.

Donnerstag, 14. November 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Post, Unterdorfstrasse 3, Adlikon, öffentliche Veranstaltung zur eidgenössischen Volksinitiative «Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen». Kontradiktorische Diskussion zwischen Nationalrat Alfred Heer (SVP Zürich) und Nationalrätin Martina Munz (SP Schaffhausen). Anschliessend Diskussion. Zirka 21.30 Uhr wird ein Apéro offeriert. Veranstalter: SVP Bezirk Andelfingen.

Montag, 18. November 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Krone, Wetzikon, öffentliche Podiumsveranstaltung zu den Themen «1:12-Initiative» und «SVP-Familieninitiative». Referenten: Christoph Mörgeli, Nationalrat, SVP, und Barbara Gysi, Nationalrätin, SP. Weitere Podiumsteilnehmer: Marco Martino, SVP Wetzikon; Andrea Jerger, Juso Züri Oberland; Heinrich Vettiger, SVP Wetzikon, und Pascal Bassu, SP Wetzikon. Moderation: Silvio Seiler, Uster, Journalist. Veranstalter: SVP Bezirk Hinwil.

SVP-FRAUEN

Bezirk Winterthur
Samstag, 23. November 2013, ab 19.00 Uhr (Apéro), Schützenhaus Pfungen (Dorfausgang Richtung Rumstal, rechte Strassenseite), traditionelles Raclette-Essen mit Ehrengast Bruno Walliser, Kantonsratspräsident. Kosten: Fr. 30.– (Getränke nicht inbegriffen), inkl. Apéro und Dessertbüffet. Anmeldeschluss: Samstag, 16. November 2013. Anmeldung an: Cornélia Amacker, Ebnistrasse 2, 8413 Neftenbach, Tel. 052 315 23 02, cornelia.amacker@bluewin.ch (Vorname/Name, Adresse und Anzahl Personen nicht vergessen).

SVP-Frauen Stadt Zürich
Donnerstag, 28. November 2013, 19.00 Uhr, Adventsessen.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 15. November 2013, 9.00–15.00 Uhr, Kulturcasino, Bern, «13. Forum innere Sicherheit» zum Thema «5 Jahre Schengen: Mehr Sicherheit in der Schweiz?» mit Nationalrat Hans Fehr, SVP, und Nationalrätin Evi Allemann, SP, (Mitglieder der nationalrätlichen Sicherheitspolitischen Kommission) sowie Pierre Maudet, Vorsteher Sicherheitsdepartement Kanton Genf, und Brigadier Jürg Noth, Chef Grenzwachtkorps. Programm: 9.00 Uhr Türöffnung, 9.30 Uhr Eröffnung Forum, 9.50 Uhr vier Kurzreferate und Diskussion, 12.00 Uhr Apéro und Lunch, 13.15 Uhr Podiumsdiskussion, 15.00 Uhr Schluss der Veranstaltung. Veranstalter: Verband Schweizerischer Polizeibeamter VSPB.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 2296–3480
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,5 % Mehrwertsteuer

Redaktion:
Reinhard Wegelin (rw.), Christoph Bähler (ba.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch
SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

Inseraten-Annahme:
print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
Tramstrasse 11, Postfach,
8708 Männedorf
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Dienstag 17.00 Uhr
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinserate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–
+ 8 % Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

PolitikAktuell aus erster Hand

Ausklang mit Apéro

Öffentliche Veranstaltung:

Erfolgreicher Kanton Zürich – Auswirkungen auf Wirtschaft und Verkehr

Dienstag, 5. November 2013, 20 Uhr
Etzelsaal der katholischen Kirche,
8820 Wädenswil

Es referiert:
Ernst Stocker, Regierungsrat

Unter Mitwirkung von:
Heini Hauser, Stadtrat
Christina Zurfluh, GRPK-Präsidentin, Stadtratskandidatin

Anschliessend Diskussion

Die SVP Wädenswil freut sich auf Ihr zahlreiches Erscheinen!

SVP
www.svp-waedenswil.ch